

**Kleine Anfrage mit Antwort****Wortlaut der Kleinen Anfrage**

des Abgeordneten Heiner Bartling (SPD), eingegangen am 11.03.2010

**Der „Nord-Süd-Dialog“: Imagepflege für Niedersachsen oder Promi-Event für den Ministerpräsidenten?**

Bereits zum dritten Male hat der „Nord-Süd-Dialog“ - eine Veranstaltung der Länder Baden-Württemberg und Niedersachsen - stattgefunden. In den offiziellen Erklärungen wird die Veranstaltung stets als Instrument zur Vermittlung von Kontakten zwischen Entscheidern, zur Imagepflege der beiden Länder oder gar als effektive Förderung der Wirtschaft beschrieben. Verfolgt man die nachlaufende Presseberichterstattung, so wird dann allerdings vor allem beschrieben, welche A- oder B-Promis sich auf der Party getummelt und sich mit den beiden Ministerpräsidenten bzw. deren Gattinnen haben ablichten lassen.

Ich frage deshalb die Landesregierung:

1. Von wem ging die ursprüngliche Idee für diesen Dialog aus, welche Ziele sollten damit erreicht werden, und von wem wurde das Veranstaltungskonzept entwickelt?
2. Wer ist der Organisator und Träger dieser Veranstaltung - die Regierungen bzw. die Staatskanzleien der beiden beteiligten Länder oder eine Privatperson bzw. eine Privatfirma?
3. Falls die Länder selbst die Veranstalter und Träger sind: Wurde die Veranstaltung ausgeschrieben, und warum fiel dabei die Entscheidung auf den Partymanager Schmidt?
4. In welchem Umfang hat das Land Einfluss auf den Ablauf der Veranstaltungen und auf die Gästeliste, und, wenn ja, wer trifft beim Land dafür die Entscheidungen?
5. Welche Konstruktion - ob Landes- oder Privatveranstaltung - liegt zugrunde, beteiligen sich die Länder an der Finanzierung und, wenn ja, in welcher Höhe (Angabe getrennt nach Ländern)?
6. Ist geplant, dass sich das Land Niedersachsen zukünftig stärker (erstmalig oder mit höherem Zuschuss) an der Finanzierung beteiligen wird?
7. Falls das Land nicht an der Organisation und Finanzierung beteiligt ist: Liegen trotzdem Kenntnisse über die Finanzierungsstruktur und Gewinne bzw. Verluste vor?
8. Hat nach nunmehr drei Veranstaltungen schon eine Evaluation beispielsweise über positive Auswirkungen für die niedersächsische Wirtschaft stattgefunden?
9. Ist geplant, den „Dialog“ auch weiterhin fortzuführen?

(An die Staatskanzlei übersandt am 17.03.2010 - II/72 - 612)

**Antwort der Landesregierung**

Niedersächsische Staatskanzlei  
- 102/Presse - 612/20 -

Hannover, den 14.04.2010

Niedersachsen ist ein herausragender Technologiestandort, an dem es sich lohnt zu leben, zu arbeiten und zu investieren. Starke Unternehmen, innovative Köpfe und exzellente Forschungseinrichtungen machen das Land führend in Wirtschaft und Wissenschaft.

Es gilt, dies bekannt zu machen und alle Möglichkeiten hinsichtlich einer gezielten Kommunikation auszuschöpfen. Imagewerte kann man sich erarbeiten. Die Niedersächsische Landesregierung macht das mit der Kampagne „Innovatives Niedersachsen“. Ziel der Kampagne ist es, das Land als innovativen Wirtschafts- und Forschungsstandort zu positionieren.

In diesem Sinne kann auch der sogenannte „Nord-Süd-Dialog“ helfen, den gesellschaftlichen Trend des Networkings und eine Imagebildung durch Veranstaltungen zu nutzen.

Der „Nord-Süd-Dialog“ ist eine partei-, branchen-, disziplin- und länderübergreifende Veranstaltung, die seit drei Jahren alternierend in Niedersachsen und Baden-Württemberg stattfindet. Als Teil einer breit angelegten Strategie zur Sicherung der Wirtschafts- und Innovationsstandorte Niedersachsen und Baden-Württemberg passt sich diese Veranstaltung gut ein, um Persönlichkeiten und Entscheidern aus Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Kunst, Kultur und Sport ein attraktives Forum zu bieten: Das Ambiente ist modern, Menschen können zwanglos miteinander ins Gespräch kommen.

Das Format erfreut sich wachsender Beliebtheit: Im Jahr 2007 waren es 650 Gäste, 2008 schon 750 und im letzten Jahr, 2009, kamen bereits rund 1 000 Entscheider zu dieser besonderen Veranstaltung.

Ziel ist es, Niedersachsen der Öffentlichkeit als ein modernes, weltoffenes, wirtschaftlich erfolgreiches und vielfältiges Bundesland zu präsentieren. Vor allem als ein Bundesland, das zu Messen besucht wird, in dem man auch den Urlaub verbringt oder herausragende Veranstaltungen aufsucht, die überregional als medienrelevant wahrgenommen werden. Wenn Prominente, Wirtschaftsführer und Innovateure aus aller Welt sich in Hannover am Flughafen treffen, um über neue Formen ökonomischer und gesellschaftlicher Kooperation zu sprechen, dann kann der Wirtschaftsstandort Niedersachsen und sein Arbeitsmarkt auch langfristig gesehen nur profitieren.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Der international renommierte Eventmanager Manfred Schmidt hatte 2007 die ursprüngliche Idee, er hat auch das Veranstaltungskonzept entwickelt: „Während der CeBIT-Messe in Hannover kam mir vor ein paar Monaten die Idee, Menschen aus verschiedenen Ländern, unterschiedlichen Bereichen und Branchen zusammenzubringen und besser zu vernetzen. Das zweit- und das drittgrößte Bundesland haben viele Gemeinsamkeiten, unter anderem sind beide Länder internationale Spitzenstandorte für Automobil- und Messegewerbe.“ (<http://www.baden-wuerttemberg.de/>)

Ziel der Veranstaltung ist es zu zeigen, was die Länder Niedersachsen und Baden-Württemberg ausmacht.

Zu 2:

Organisator und Träger der Veranstaltung ist die Manfred Schmidt Media S.L.

Zu 3:

Die Länder sind weder Veranstalter noch Träger.

Zu 4:

Die Entscheidung, wer eingeladen wird, liegt bei Gastgeber Manfred Schmidt.

Zu 5:

Es handelt sich um eine Privatveranstaltung, es gibt keine Beteiligung oder Finanzierung durch das Land Niedersachsen.

Zu 6:

Nein.

Zu 7:

Nein.

Zu 8:

Evaluationen hinsichtlich Veranstaltungen, bei denen das Land weder Veranstalter noch Träger ist, werden nicht durchgeführt, schon aus Gründen der Sparsamkeit. Allerdings liegen eindrucksvolle, ausnahmslos positive Presseberichte vor.

Zu 9:

Diese Frage kann nur der Gastgeber selbst beantworten. Seitens der Landesregierung würde begrüßt, wenn solche Veranstaltungsreihen fortgeführt werden.

Dr. Lothar Hageböling

Chef der Staatskanzlei